



Antrag

der Fraktion der SPD

Europäische Beschäftigungsinitiative - Chancen für Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag sieht in der Schaffung neuer Arbeitsplätze eine vordringliche Aufgabe europäischer Politik. Die Finanz- und Bankenkrise wird die europäischen Arbeitsmärkte tiefgreifend verändern und zu einem weiteren Verlust von Arbeitsplätzen führen.

Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, alle Möglichkeiten zu nutzen, um Arbeitsplätze zu sichern und mehr Beschäftigung zu schaffen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag versteht die von der Europäischen Kommission entworfene Flexicurity-Strategie in der Weise, dass die Sicherung von Arbeit, der Schutz von Arbeitnehmerrechten und der Ausbau von Mitbestimmung Vorrang vor der Flexibilität der Unternehmen hat.

Die Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) sollen flexibler eingesetzt werden, damit mehr und neue Arbeit geschaffen werden kann. Die bisherige Schwerpunktsetzung auf jüngere und ältere ArbeitnehmerInnen ist richtig. Zusätzlich sollte der Einsatz der ESF-Mittel im Bereich Anpassungsfähigkeit auf Branchen mit Entwicklungsperspektiven sowie im Bereich der Forcierung der beruflichen Weiterbildung von Beschäftigten geprüft werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Beschäftigungsinitiative der Europäischen Kommission wieder aktiviert wird, insbesondere der Vorschlag, auf die nationale Kofinanzierung zu verzichten, ist zu unterstützen. Der Landtag spricht sich gegen von der Regierung geplante Einsparmaßnahmen im Bereich der EU-geförderten Arbeitsmarktpolitik aus. Er erwartet von der Landesregierung, dass sie vom Bund fordert, anteilig mehr ESF-Mittel für die Länder zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Die Europäische Kommission hat am 3. Juni 2009 mit der Mitteilung „Gemeinsames Engagement für Beschäftigung“ eine neue Strategie zur Bekämpfung der Auswirkungen der Krise auf die Beschäftigung in der EU vorgelegt. Die Staats- und Regierungschefs der EU haben auf der Tagung des Europäischen Rates hat am 18. und 19. Juni 2009 die Vorschläge der Kommission diskutiert, eine Entscheidung jedoch bis auf weiteres vertagt.

Rolf Fischer
und Fraktion